



Interviews

14. Dezember 2023

Christoph Heinemann im Gespräch mit Daniel Freund

Christoph Heinemann: Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán könnte Finanzhilfen für die Ukraine zustimmen, wenn die EU die blockierten Fördermittel für Ungarn freigeben würde. Zehn Milliarden Euro hat die Kommission gestern entsperrt. Allerdings lehnt Orbán einen Beitritt der Ukraine zur EU ab. Er hatte das Land als eines der korruptesten der Welt bezeichnet. Schnell mal nachgeschaut: Auf dem Korruptions-Wahrnehmungsindex von Transparency International steht Deutschland auf Platz 9, Ungarn auf Platz 77. Das heißt, kein EU-Mitgliedsland ist korrupter als Orbáns Ungarn. Die Ukraine kommt auf Platz 116 und Putins Russland auf den Rang 137 von insgesamt 180 Staaten.

Am Telefon ist Daniel Freund, Abgeordneter des Europäischen Parlaments für Bündnis 90/Die Grünen. Guten Morgen.

Daniel Freund: Einen schönen guten Morgen.

Heinemann: Herr Freund, Orbán hält Putin die Stange. Was folgt daraus für die Europäische Union?

Freund: Wir gehen jetzt in einen Gipfel, wo Viktor Orbán im Grunde die Arbeit von Putin erledigen will. Das sagt er zumindest, dass er sowohl die Finanzhilfen für die Ukraine als auch den nächsten Schritt im Beitrittsverfahren mit seinem Veto blockieren will. Das ist eine große Gefahr für die Europäische Union, weil es uns im Zweifel handlungsunfähig macht. Ein fürchterliches Symbol wäre, wenn man Orbán jetzt da gewähren lässt, und er erpresst die gesamte Europäische Union.

Heinemann: Kann man Orbán kaufen?

Freund: Den Versuch scheint, zumindest Ursula von der Leyen jetzt zu unternehmen. Sie hat ja mit dieser Freigabe der zehn Milliarden gestern im Grunde das größte Schmiergeld, was wir bisher gesehen haben in der EU, auf den Tisch gelegt. Ich halte auch das für einen ziemlichen Fehler, das jetzt zu versuchen, ihn mit dem Geld zu kaufen, vor allen Dingen, weil die ungarische Regierung selbst schon gesagt hat, das reicht nicht. Sie wollen alle Gelder, die aktuell auf Eis liegen, gegen jegliche Regel, ohne dass es im Land nennbare Fortschritte gegeben hätte bei Wiederherstellung des Rechtsstaates und vor allen Dingen im Kampf gegen Korruption. Deshalb befürchte ich, funktioniert das nicht.

Heinemann: Was würden Sie tun?

Freund: Die Europäische Union und die Kommission, aber auch die Mitgliedsstaaten hätten aufzeigen sollen, was wir noch an Möglichkeiten haben. Eigentlich sollten alle EU-Gelder für Ungarn eingefroren sein, weil auch alle Gelder in Ungarn korruptionsgefährdet sind.

Heinemann: Das hieße, dass die Ukraine noch auf den Sankt Nimmerleinstag warten kann, bis Beitrittsverhandlungen beginnen.

Freund: Zumindest die Finanzhilfen, die ja deutlich wichtiger sind für die Ukraine jetzt, die kann man im Zweifel auch ohne die Zustimmung von Ungarn machen. Das ist dann komplizierter, man muss es außerhalb der EU machen. Aber uns im Parlament hat der zuständige Kommissar versichert, es ist alles dafür vorbereitet, man kann das im Zweifel machen. Das heißt, unsere Unterstützung für die Ukraine ist klar und wir können das auch zeigen, aber wir dürfen uns gleichzeitig nicht so erpressen lassen, weil das Orbán eher noch dazu einlädt, es beim nächsten Mal noch wilder zu treiben, oder auch andere Regierungschefs, Fico in der Slowakei oder andere, bekommen ja dadurch gesagt, macht das doch auch, dann springt für euch auch noch was dabei raus. Dann wird die EU immer weniger handlungsfähig. Ich glaube, auch die Ukraine hat am Ende ein Interesse daran, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union gewahrt bleiben und dass wir das nicht einfach verdealen.

Heinemann: Sie haben allerdings vor allen Dingen Interesse daran, dass sie schnell Mitglied werden können. – Herr Freund, Orbán ist mit seiner Pro-Putin-Politik im vergangenen Jahr wiedergewählt worden. Das heißt, diese Politik ist demokratisch legitimiert. Was ergibt sich daraus?

Freund: Erst mal nicht besonders viel. Er kann ja Politik vertreten, wie er will, aber Entscheidungen in der Europäischen Union darf nicht Viktor Orbán alleine treffen.

Heinemann: Sollte sich denn die Europäische Union über Wahlergebnisse in den Mitgliedsstaaten hinwegsetzen?

Freund: Wir setzen uns ja nicht über Wahlergebnisse hinweg, sondern wir müssen am Ende in der Europäischen Union gemeinsam Entscheidungen treffen. Das was jetzt dadurch, wie Orbán sich verhält, passiert ist ja, dass Orbán sich über die Wahlergebnisse in allen 26 anderen Mitgliedsstaaten hinwegsetzt.

Heinemann: Der Mann ist ungarischer Ministerpräsident.

Freund: Na ja, aber er ist eben nicht der Chef der Europäischen Union.

Heinemann: Hat ja auch niemand behauptet.

Freund: Aber das Veto erlaubt ihm jetzt, die Meinung von den 440 Millionen anderen Europäern einfach zu übergehen. Deren Meinung zählt nicht. Und die große breite Mehrheit der Bevölkerung der Europäischen Union wünscht sich einen nächsten Schritt im Beitrittsverfahren, wünscht sich eine Unterstützung der Ukraine. Das ist doch das, was umgangen wird, und nicht das, was ein paar Wähler von Orbán in Ungarn wollen.

Heinemann: Welche Fehler von Seiten der EU haben möglicherweise zu dieser Stimmung in Ungarn beigetragen?

Freund: Die Stimmung wird ja durch Viktor Orbán ständig angeheizt. Da wird mit Lügen, da wird im ganzen Land plakatiert, von der Leyen wäre die Marionette der globalistischen Weltverschwörung. Da findet ja keine Information mehr statt. Orbán hat eine sogenannte Befragung der gesamten Bevölkerung gemacht, wo er alle gefragt hat, wollt ihr mehr für Gas bezahlen, und dass die Leute natürlich nicht mehr für Gas bezahlen wollen, wird dann als Argument genommen, warum man jetzt die Ukraine-Hilfen einstellen muss und wieder russisches Gas kaufen. Das hat ja nichts mit einer wirklichen Argumentation oder einer zertifizierten Meinung der ungarischen Bevölkerung zu tun, sondern Ungarn ist keine funktionierende Demokratie mehr. Da gibt es keine freie Presse, wo sich die Menschen über die wirklichen Geschehnisse informieren können, sondern da läuft im Grunde die Propaganda von Putin, von Russia Today auf Ungarisch im Staatsfernsehen. Das ist ja der Hintergrund, den wir da in Ungarn haben. Das heißt, das jetzt für bare Münze oder für die wirkliche Meinung der ungarischen Bevölkerung zu nehmen, halte ich für schwierig.

Heinemann: Sprechen wir noch mal über die Unterstützung der Ukraine. Olaf Scholz hat gestern gesagt, dass auch die Sicherheit Deutschlands in der Ukraine entschieden werde beziehungsweise darüber entschieden werde. Gleichzeitig brütet das Kanzleramt seit Monaten über der möglichen Lieferung von hoch wirksamen Taurus-Marschflugkörpern, mit denen die Ukraine die russischen Nachschubwege angreifen könnte. Gerade im Augenblick wäre das ja wichtig. Wie erklären sie sich Olaf Scholz' Zögern?

Freund: Meine Meinung ist an der Stelle eine andere. Ich würde die Ukraine auch mit den Taurus-Raketen unterstützen. Ich finde, er hat recht in der Argumentation, dass es in der Ukraine auch um die deutsche Sicherheit geht, natürlich vor allen Dingen auch um die unserer östlichen, nordöstlichen Nachbarn mit direkter Grenze mit Russland. Wenn man die Kolleginnen und Kollegen aus Litauen, aus Estland hört – die Angst, die da herrscht, finde ich, da sind die Argumente klar, warum unsere Unterstützung für die Ukraine finanziell, aber auch militärisch ausgebaut werden muss, damit die Ukraine diesen Krieg auf dem Schlachtfeld nicht verliert.

Heinemann: Inwiefern schadet Scholz' Zögern dem ukrainischen Freiheitskampf und damit europäischen und deutschen Interessen?

Freund: Es hat zumindest diesen ganzen Prozess nicht einfacher gemacht, denn wir haben dieses Zögern ja immer wieder gesehen, im Grunde von den Panzerlieferungen. Im Grunde bei jeder Waffenkategorie haben wir das ja in der Vergangenheit so diskutiert. Ich kann das Argument an der Stelle nicht nachvollziehen, warum jetzt bei der oder der Waffe man jedes Mal es wieder so herauszögern muss.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.